

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon: 10111

Verleger: Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon: 10111

Druck: Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon: 10111

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Der Arbeitsstoff der Genfer Konferenz

### Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung

Genf, 1. März. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute nachmittag die vom tschechoslowakischen Außenminister ausgearbeitete Uebersicht über den Arbeitsstoff der Konferenz erörtert. Der englische und der belgische Außenminister machten mit Entschiedenheit geltend, daß es sich hierbei nicht um ein endgültig festes Programm mit bindender Reihenfolge handele.

**Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung**  
In dem Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz sind zwei Stellen zu verzeichnen. Er gliedert sich zunächst unter dem Abschnitt „Politische und juristische Fragen“, der die Vorschläge auf Stellung einer internationalen Streitkraft erwähnt, und als Punkt 7a als Forderung Deutschlands, Oesterreichs, Bulgariens und Ungarns: Die durch die Friedensverträge auferlegte Abrüstung muß als Maßnahme für die Rückkehr zur Gleichberechtigung aller Völkerbündnismitglieder betrachtet werden. Die Schaffung eines einzigen Systems, das in gleicher Weise auf alle Staaten anwendbar ist; gleiches Recht und gleiche Sicherheit.“ Hieran schließt sich die Forderung Italiens:

„Gleichberechtigung zwischen allen Staaten und Aufhebung der Strafbefugnisse auf dem niedrigsten Niveau.“

Der in diesen Forderungen aufgestellte Grundgedanke wird vom Berichterstatter folgendermaßen bezeichnet: „Gleichberechtigung der Methoden gemäß dem Grundgedanken der Gleichberechtigung der Staaten.“

Unter Artikel 68 (Aufrechterhaltung der früheren Verträge) wird als einziger Abänderungsvorschlag und lediglich als Forderung Deutschlands angegeben: „Ersetzung der Bestimmungen der Friedensverträge über die Abrüstung durch das neue Abkommen.“

### Sardien erstattet Bericht über Genf

Paris, 1. März. Am Dienstagvormittag trat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten im Elysee ein Ministerrat zusammen. Tardieu, der zu diesem Zwecke aus Genf nach Paris zurückgekehrt war, erstattete ausführlich Bericht über den Stand der Abrüstungsverhandlungen und über seine Besprechungen mit den Führern der verschiedenen Abordnungen.

Den größten Teil der Besprechung füllte die Neuorganisation des Ministeriums für nationale Verteidigung aus, die endgültig festgelegt wurde. In einer amtlichen Mitteilung heißt es in diesem Zusammenhang, sein Ziel sei nicht die Verkleinerung der Ministerien, sondern eine zweckmäßigere Eingliederung des Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministeriums. Die Kommandogewalt, die Verwaltung und die Ausführung liegen in Zukunft unter der direkten Leitung des Ministers für nationale Verteidigung.

Im weiteren Verlaufe des Ministerrates wurde Paul Boncour zum Führer der französischen Abordnung an der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes ernannt, die am 3. März beginnt.

Vollstrecker von Hoese hat am Dienstagabend Tardieu einen neuen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf die am Sonnabend ausgenommenen Besprechungen fortgesetzt wurden. Man darf annehmen, daß dabei in erster Linie die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden handelspolitischen Fragen behandelt wurden.

### Für baldige Tributkonferenz

London, 1. März. Der britische Handelsausschuß wird dem Rat der Internationalen Handelskammer in Paris am 11. März einen Bericht über Reparationen und Kriegsschulden überreichen, in dem eine dauerhafte Regelung dieser Fragen zur Verringerung der „jahrszehntelangen Ursache der Erschütterung der Welt“ verlangt und betont wird, daß dieses Ziel am besten auf einer baldigen Konferenz der betroffenen Mächte erreicht werden könne.

### Frankreich als Geldgeber für die Türkei

Paris, 1. März. Vor dem Finanzausschuß der Kammer hat Ministerpräsident Tardieu den Gesetzentwurf begründet, durch den das französische Esogabamt ermächtigt werden soll, der tschechoslowakischen eine 600-Millionen-Franken-Anleihe zu bewilligen. Tardieu erklärt, daß diese Unterstützung der tschechoslowakischen Regierung vom allgemeinen Standpunkt der Politik in Mitteleuropa nützlich sei. Der Finanzausschuß nahm den Gesetzentwurf an.

### Weltwirtschaftskrieg

Lange hat die Reichsregierung geäußert, den Maßnahmen des Auslandes zur Verhinderung der deutschen Warenexporte eine entsprechende Abwehr entgegenzusetzen. Der erste Schritt dazu wurde nunmehr durch eine Verordnung getan, durch welche die bisher geltenden Zollsätze auf das Doppelte erhöht werden. Allerdings soll dieser erhöhte Tarif, der sogenannte Overtarif, lediglich im Handelsverkehr mit jenen Staaten Anwendung finden, mit denen Deutschland keine Handelsverträge abgeschlossen hat, oder mit solchen Staaten, mit denen wir bald in einen vertraglichen Zustand treten werden. Die neue Verordnung bezweckt also vor allem, für die Zukunft zu verhindern, daß außer Polen, Australien und Kanada noch weitere Staaten und Handelsverträge kündigen, um die Einfuhr deutscher Erzeugnisse zu verhindern. Diese Gefahr droht im Augenblick insbesondere von Schweizer und französischer Seite.

Zweifellos treten damit die handelspolitischen Kämpfe um Deutschland in ein erheblich verstärktes Stadium. Aber leider blieb uns kein anderer Weg, die schweren Einbußen weitzumachen, die uns durch die Absperrungsmaßnahmen der übrigen Länder erwachsen sind. Von zwei Seiten wird gegenwärtig die deutsche Ausfuhr bedroht; einmal durch die Abwehr zahlreicher Länder von der Goldwährung und zum zweiten durch die Schutzpolitik, die die Zollmauern in fast allen Staaten, mit denen wir im Austausch stehen, phantastisch in die Höhe wachsen ließ. Es ist die Tragik unseres Wirtschaftslebens, daß in einer Epoche höchster technischer Errungenschaften, in der Raum und Zeit dank dem modernen Erdenerdbeist nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, sich zwischen den einzelnen Wirtschaftskörpern unüberwindliche chinesische Mauern aufrichten, durch die der technische Fortschritt zum Erliden gebracht wird. Man macht gerne die Weltwirtschaftskrise dafür verantwortlich. Aber es ist fürwahr ein seltsamer Kampf gegen die Krise der Weltwirtschaft, daß man die Weltwirtschaft selbst gerichtet. Man läßt den Patienten, weil man sich nicht in der Lage sieht, seine Krankheit zu heilen. Es ist für uns kein Trost, daß wir in Deutschland, durch die besondere Schwere unseres eigenen Unglücks heillos gemacht worden, zuerst erkannt haben, daß die Ursache der tödlichen Krankheit der Weltwirtschaft in den Tributen mit ihren einseitigen Goldbewegungen und dem Zwang für Deutschland, unter allen Umständen Waren auszuführen, sowie in den neuen Grenzbeziehungen und Staatengründungen des Verfallenen Diktats bestand, die alte organische Wirtschaftszusammenhänge zerschlugen, um an ihre Stelle kleine Nationalstaaten zu setzen, die eifersüchtig im Schutze von Zollmauern ihre eigenen Treibhausindustrien hoch züchteten.

Bei ihren Maßnahmen gegen Deutschland vergißt zum Trost für uns allerdings die Gegenseite, daß das Verfallene System sich letzten Endes gegen seine Väter wenden muß. Aus dem Zwang Deutschlands, zu zahlen, erwächst folgerichtig ein gesteigerter Export deutscher Waren, denn es gibt ja in Deutschland kein Goldbergwerk, aus dessen Erträgen Tribute und sogenannte Privatanleihe gezahlt werden könnten, die in Wirklichkeit ja auch nichts weiter als privatisierte Tribute sind. Deutschlands Zahlungen nimmt man gern, seine Waren aber werden als unangenehme Konkurrenz empfunden, gegen die man mit nachlassender Krise die eigene Wirtschaft zu schützen sucht. Also schlägt die Welt mit Zollmauern und Valutadumping den leidigen deutschen Export tot. Aber zu unserem Glück nicht nur unseren Export, sondern zugleich auch den der anderen Länder. Der Weltmarkt muß am Ende dieser Entwicklung, wie in der Zeit vor Erfindung des Dampfschiffes und der

## Rabinetttskrise in Finnland

### Vor dem Gesamtrücktritt der Regierung

Helsingfors, 1. März. Innerhalb der finnischen Regierungskoalition ist es zur Krise gekommen. Die der Vappobewegung nahestehende konservative Sammlungspartei hat ihre Vertreter aus dem Kabinett zurückgezogen. Der Finanzminister des Innern, Solla, und der Sozialminister Alpaesäeinen sind bereits zurückgetreten, während der Finanzminister Jaervinen erst zurücktreten wird, wenn sich für ihn ein Nachfolger gefunden hat. Der vierte Minister der Sammlungspartei, der Außenminister Baron Koskinen, will zur Zeit in Genf. Durch diesen Beschluß, ihre Minister abzutreten, führt die Sammlungspartei die Forderungen der Vappopartei moralisch.

Der Gesamtrücktritt der Regierung wird erwartet. In einer Erklärung mißbilligt die Sammlungspartei das Vorgehen der Regierung gegen Vappo.

General Wallenius und Kosola haben sich zum Sammelplatz der Vappolente nach Mantsala begeben, wo heute in den Abendstunden große Mengen von Waffen, Munition und Proviant eingetroffen sind. Die Lage ist nach wie vor gespannt. Wieder hat die Regierung noch keinen Oberbefehlshaber ernannt. Auch dies ist für heute erwartete Erklärung der Regierung über die politische Lage im Reichstag aus. Die Parteien billigen lediglich die Regierungsverordnung über den verfallenen Schusszustand.

### Die Ziele der Vappobewegung

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die innerpolitische Spannung in Finnland verstärkt sich zusehends. In der Hauptstadt Helsingfors herrscht zwar Ruhe, aber die Stimmung der Bevölkerung ist sehr nervös, und zahllose unkontrollierbare Versuche folgten der Besetzung. Die Frage, ob die Vappo-Organisation einen Gewaltstreik großen Stils unternehmen wird, wird überall erörtert. Seit drei Tagen ist die kleine Druckschrift Mantsala, wo die Vappolente ihre ersten Besprechungen abgehalten haben, ebenso bekannt geworden wie Vappo, das der Bewegung den Namen gegeben hat. Mantsala ist zum Hauptquartier der Organisation geworden, die den Vernichtungskampf gegen den Marxismus ankündigt.

Dieser Kampf richtet sich jetzt keineswegs nur gegen die Umkehrbewegung der Kommunisten, sondern ebenso heftig gegen die Sozialdemokraten.

Sie sind für die Vappoführer die Schuldingen an der angeblich kläglichem Haltung der Regierung, an ihrem Verlangen im Kampfe gegen die „rote Flut“. Von einer solchen leben die Vappoführer Finnland bedroht, und sie wollen nun den Damm gegen sie durch die Bildung einer neuen Regierung erschließen. Diese soll keineswegs aus Vappomännern bestehen. Wie schon vor Jahren bei dem ersten Anmarsch, will man auch jetzt der Regierung nur den „rechten Geist“ einflößen, ohne nach Kernen zu streben. Entzerrt werden sollen vor allem der Minister des Innern von Vorn und der Landeshauptmann des Regierungsbezirks Ostland, Generalmajor Jaland. In diesen beiden Staatsbeamten sehen die Vappoführer die Hauptschuldingen an der Energielosigkeit der Regierung. Der Vappoführer Kosola hat vor einigen Tagen in einer Rede angekündigt, daß eine Umwidmung der Regierung im Sinne der Vappobewegung erreicht und gegebenenfalls erzwungen werden würde. Neben Kosola scheint vor allem der ehemalige Generalstabschef Wallenius eine maßgebende Rolle zu spielen. Er wurde seinerzeit wegen gewaltsamer Entfernung des ehemaligen Präsidenten Ståhlberg verurteilt und mußte aus dem Generalstab ausscheiden. Die Vappo-Organisation wählte ihn zu ihrem Schriftführer, und in den letzten Monaten soll er in der Stille eine eifrige Propagandatätigkeit im Sinne der Bewegung entfaltet haben.

Wenn auch ein Teil der jetzt umlaufenden Gerüchte über den nahen Ausbruch des Bürgerkrieges in Finnland als übertrieben bezeichnet werden mag, so kann doch über den schweren Ernst der Lage kein Zweifel bestehen.

Ueber die Absichten der neuerdings nördlich Helsingfors konzentrierten Tausende von Vappolente steht man noch nicht klar. Sollte es wirklich zu einem bewaffneten Vormarsch kommen, so würde alles davon abhängen, wie die bewaffnete Macht des Staates sich dazu stellt. Auch für Finnland ist es klar, daß eine Volksbewegung gegen die Armee völlig erfolglos bleiben müßte.

### Hillers Regierungsratsstelle genehmigt

Braunschweig, 1. März. In der heutigen Landtagsberatung des Braunschweigischen Landtags wurde auch über die Regierungsratsstelle des Landeskultur- und Vermessungsamtes beraten, die als freie Stelle der Berliner Gesellschaft ausgeteilt und mit Adolf Hiller besetzt worden ist. Die Stelle wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten genehmigt.

### Eine Zusammenstellung der beim Helmgange unseres Königs in der Dresdner Nachrichten erschienenen Berichte und Bilder

Von vielen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die Berichte, die wir beim Hinscheiden des Königs Friedrich August veröffentlicht haben, gesammelt zu erhalten. Da die betreffenden Nummern der Dresdner Nachrichten aber inzwischen vergriffen sind, haben wir einen Sonderdruck dieser Berichte hergestellt und in einem Heftchen vereint, das zum Preise von 60 Pfg. in unserer Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38, sowie in unseren Annehm- und Verkaufsstellen zu haben ist. Ein Versand nach auswärts erfolgt gegen Voreinsendung von 70 Pfg.

VERLAG DER DRESDNER NACHRICHTEN